



Deutsche Umwelthilfe

Umweltgerechtigkeit durch Partizipation

Thematisches
Informationspapier zur
inhaltlichen Einführung in
die Zusammenarbeit der
projektbegleitenden
Arbeitsgruppe (PAG)



Dieses Projekt wird gefördert von:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

**Umwelt
Bundes
Amt** 
Für Mensch und Umwelt

Oktober 2012

Bildnachweis Deckblatt

Bild oben: © Offene Kinder- und Jugendarbeit Bad Neuenahr-Ahrweiler

Bild unten: © Renate Janßen

Inhalt

1	Einleitung.....	- 1 -
2	Projektschwerpunkt und Begriffsdeutung.....	- 2 -
3	Aktuelle Debatte um Umweltgerechtigkeit und Partizipation.....	- 4 -
3.1	Inhalte im Überblick.....	- 4 -
3.2	Historische Entwicklung der Umweltgerechtigkeit	- 5 -
3.3	Gesetzliche und programmatische Rahmenbedingungen	- 6 -
3.3.1	Umweltgerechtigkeit.....	- 6 -
3.3.2	Partizipation	- 7 -
3.4	Partizipation und Partizipationshindernisse junger Menschen in sozial benachteiligten Stadtvierteln.....	- 8 -
3.5	Umweltressource Grünraum in der Stadt – Die Bedeutung von Naturerfahrung für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen	- 10 -
3.5.1	Grüne Freiräume fehlen – na und?.....	- 10 -
3.5.2	Partizipation für Umweltgerechtigkeit – Synergien für die Stadt und ihre BewohnerInnen durch die Schaffung grüner Freiräume.....	- 12 -
3.6	Handlungsempfehlungen.....	- 15 -
3.7	Handlungsansätze, Initiativen und Instrumente für Umweltgerechtigkeit und Partizipation.....	- 18 -
4	Ausblick auf die inhaltliche Zusammenarbeit	- 21 -
	Literaturverzeichnis	II

1 Einleitung

Das Projekt „Umweltgerechtigkeit durch Partizipation“ der Deutschen Umwelthilfe (DUH) thematisiert die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen an der Gestaltung urbaner Freiräume als Beitrag zu einer fairen, gesunden und damit lebenswerten Entwicklung der Stadt für alle ihre Bewohner.

Die Auseinandersetzung mit diesem Thema erfolgt u.a. in Form des konkreten Austausches mit fünf Modellprojekten. Die lokalen Akteure werden inhaltlich unterstützt. Zudem stärkt die bundesweite Aufmerksamkeit durch das Projekt die lokalen Akteure in ihrem Engagement. Im Rahmen des Projektes wird ein Handlungsleitfaden erstellt, der (potenzielle) Praktiker darin unterstützen soll, konkrete Projekte vor Ort im Sinne von Umweltgerechtigkeit zu realisieren.

Das Projekt schließt an drei Vorläuferprojekte an, welche bisher von der DUH zum Schwerpunkt Umweltgerechtigkeit durchgeführt wurden. Mit dem Projekt *„Umweltgerechtigkeit – Die sozialräumliche Verteilung von Umweltbelastungen“* zielte die DUH darauf ab, das Thema Umweltgerechtigkeit in Deutschland einem breiten Interessentenkreis darzulegen. In diesem Rahmen fand im Frühjahr 2009 der bundesweit erste Umweltgerechtigkeitskongress für Kommunen statt. Dabei wurde das Thema Umweltgerechtigkeit von 140 Vertretern aus Politik und Verwaltung, aus Sozial- und Umweltverbänden sowie aus der Wissenschaft diskutiert. Im Folgeprojekt, dem *„Expertenworkshop Natur-Stadt-Mensch“*, entwickelte die DUH Grundlagen für eine stärkere Verknüpfung der Nachhaltigkeitsfaktoren Ökologie und Soziales. Im Projekt *„Umweltgerechtigkeit und Biodiversität – Naturnahe Freiräume in urbanen Räumen und deren Bedeutung für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen“* wurde das Thema Umweltgerechtigkeit dann in Verbindung mit den ökologischen und sozialen Leistungen von Biodiversität beleuchtet. Die Ergebnisse sind in zwei Broschüren der DUH festgehalten (Jumpertz 2012).

Einen wichtigen Grundstein des aktuellen Projektes bildet die Resolution „Mehr soziale und ökologische Chancengleichheit: Die soziale Dimension biologischer Vielfalt geht uns alle an!“. Unterzeichnet wurde diese Resolution von der DUH und anderen Umwelt- und Sozialverbänden. Sie richtet die Forderung an die Politik, bei den Bemühungen um soziale Chancengleichheit, die Herstellung von Umweltgerechtigkeit stärker zu berücksichtigen (DUH 2012).

Das vorliegende Informationspapier basiert auf den Ergebnissen der oben genannten Projekte sowie den Erkenntnissen aktueller Studien und Debatten zum Thema. Es wird der Versuch unternommen, den aktuellen Kenntnisstand, relevante Zusammenhänge sowie entsprechende Handlungsempfehlungen und –ansätze zu resümieren. In dieser Form dient das Informationspapier als Impuls zur inhaltlichen Einleitung der Zusammenarbeit im Rahmen der projektbegleitenden Arbeitsgruppe (PAG) sowie zur weiteren gemeinsamen Arbeit im Rahmen des Projektes „Umweltgerechtigkeit durch Partizipation“.

2 Projektschwerpunkt und Begriffsdeutung

In Form eines kurzen Überblicks werden nachfolgend der Fokus des Projektes „Umweltgerechtigkeit durch Partizipation“ herausgestellt, grundlegende Begriffe erläutert und grundsätzliche Zusammenhänge aufgezeigt.

Im Kern wirft das Projekt die Frage auf nach den konkreten Möglichkeiten dafür, Umweltgerechtigkeit im Bereich der Gestaltung urbaner Freiräume in sozial benachteiligten Quartieren und mittels aktiver Beteiligung aller relevanten Akteure zu stärken. Es wird vorausgesetzt, dass die zentralen Aspekte dieser Fragestellung in einem unbedingten Zusammenhang betrachtet werden (Abbildung 1).

Abbildung 1: Zentrale Aspekte im Projekt „Umweltgerechtigkeit durch Partizipation“.



Grünräume im Wohnumfeld sind wichtig für die physische und psychische Gesundheit der Bewohner eines Stadtviertels, allen voran für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Insbesondere in sozial benachteiligten Stadtvierteln besteht im Vergleich zu gut gestellten Quartieren nicht selten ein Mangel an ausreichenden und ansprechenden Grünarealen. Daneben kann eine Beeinträchtigung auch resultieren aus einer relativ höheren Einwirkung negativer Umwelteinflüsse, wie z.B. Lärm und verschiedener Luftschadstoffe. Auch hinsichtlich des Mikroklimas werden teilweise Unterschiede zwischen im Ansehen verschiedenen wertigen Stadtteilen verzeichnet. Im Rahmen einer Untersuchung in Berlin wurde zum Beispiel festgestellt, dass einige, als sozial benachteiligt geltende Quartiere hohen gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen ausgesetzt sind. Nicht selten sind diese Stadtgebiete von mehreren negativen Faktoren gleichzeitig beeinflusst, woraus sich eine Mehrfachbelastung ergibt (Klimeczek 2012 (1)).

Die vielfältigen potenziellen negativen Umwelteinwirkungen auf die Bewohner eines Quartiers können wiederum nicht zu unterschätzende gesundheitliche und soziale Folgen nach sich ziehen. Dabei tragen sozial benachteiligte Mitmenschen zumeist weniger zu den genannten Umweltbelastungen in der Stadt bei. Aufgrund ihrer

finanziellen Beschränkung sind sie z.B. weniger oft oder gar nicht motorisiert mobil und damit folglich in geringerem Maß für verkehrsbezogene Luftschadstoffe verantwortlich. Durch verschiedenartige Hemmnisse wiederum, beispielsweise mit Blick auf soziale Kontakte, fühlen sich diese Menschen zunächst oft weniger handlungsfähig darin, aktiv an Verbesserungsmaßnahmen in ihrem Wohn- und Lebensumfeld mitzuwirken. In diesem sozialen und komplexen Ursachen-Wirkungsgefüge offenbart sich eine gleich mehrfach dimensionierte, gesamtgesellschaftlich relevante Ungerechtigkeit im Kontext von Gesundheit und Lebensqualität.

In der Debatte um Umweltgerechtigkeit geht es demnach einerseits um die *Verteilungsgerechtigkeit*. Dabei wird soziale Ungleichheit auch in der ungleichen Verteilung von umweltbezogenen Gesundheitseinflüssen erkannt (Claßen et al., 2012). Am Beispiel urbaner Freiräume geht es konkret um die Verteilung derselben und entsprechende Zugänge innerhalb der Stadt und insbesondere im Vergleich von besser gestellten und benachteiligten Stadtvierteln. Für Bevölkerungsgruppen mit einer Mehrfachbelastung ist ein nur eingeschränkt möglicher Zugang zu Umweltgütern, einschließlich naturnaher Erholungsgebiete, nachgewiesen (DNR, 2009).

Ebenso bedeutsam ist andererseits die *Verfahrensgerechtigkeit*. Sie hinterfragt und fordert u.a. Partizipations- und Entscheidungsspielräume für alle Beteiligten. Im Einzelnen erfährt sie Umsetzung beispielsweise in

- der Artikulation von Interessen im Rahmen von Entscheidungsprozessen
- der Mitentscheidung und Beteiligung an der Umsetzung von Maßnahmen
- der Selbstorganisation und Selbstgestaltung und
- einer gestärkten Verfügungsmacht

(Fatke 2007).

Am Beispiel der Gestaltung urbaner Freiräume bedeutet Verfahrensgerechtigkeit, dass sich Betroffene vor Ort, d.h. konkret die Bewohner eines Stadtviertels, an der Planung, Umsetzung und Erhaltung von Gestaltungsmaßnahmen im Quartier beteiligen und hierin mitentscheiden können. Dadurch wird die Aneignung und Nutzung der vorhandenen Freiräume durch die Bewohnerinnen und Bewohnern verbessert. Dies ist von besonderer Bedeutung für Personen die über keinen eigenen Garten etc. verfügen.

Eine partizipative Stadtentwicklung spricht für Umweltgerechtigkeit indem sie eine Reihe potenzieller, v.a. langfristig positiv wirksamer sozial-ökologischer Effekte und Synergien von gesamtgesellschaftlicher Relevanz verspricht.

3 Aktuelle Debatte um Umweltgerechtigkeit und Partizipation

3.1 Inhalte im Überblick

Die Problematik um Umweltgerechtigkeit beinhaltet ein vielfältiges Spektrum von Aspekten und Ansatzpunkten.

In der bisher noch eher begrenzt vorliegenden Literatur zum Thema werden u.a. nachfolgende Schwerpunkte erläutert und erörtert:

- die historische Entwicklung der Thematik Umweltgerechtigkeit
- gesetzliche und programmatische Rahmenbedingungen
- die Quellen von Umweltbelastungen und vorhandene Umweltressourcen
- eine differenzierte Betrachtung der Situation Betroffener
- Modelle, welche den Zusammenhang zwischen sozialer Lage, Umwelteinflüssen und Gesundheit erklären
- mit Umweltgerechtigkeit verbundene, individuelle und gesellschaftliche Vorteile und insbesondere Synergien für die Stadtentwicklung
- die Identifikation potenzieller Akteure für die Umsetzung von Interventionsmaßnahmen und
- Ansätze bzw. Strategien und Instrumente für Umweltgerechtigkeit

(Bolte et al. 2012 (1)).

Die zentralen Stränge der Diskussion um Umweltgerechtigkeit spiegeln sich in den folgenden beiden Fragen wider:

1. Unterscheidet sich die Umweltqualität in Abhängigkeit von Indikatoren der sozialen Ungleichheit?
2. Wenn ja, wie wirken sich die unterschiedlichen Expositionen auf den Gesundheitszustand der jeweiligen Bevölkerungsgruppen aus?

(Bolte et al. 2012 (2)).

Einstimmig betont wird der hohe Bedarf an interaktiven Analysen sowie an einem interdisziplinären und integrativen Vorgehen in und zwischen Politik, Forschung und Praxis (Bolte et al. 2012 (1)). In diesem Zusammenhang wird die Bedeutung von Partizipation tatsächlich betroffener Stadtbewohner als zentraler, verfahrensbezogener Aspekt anerkannt.

Neben den dargestellten analytischen Literaturinhalten wird in einer Reihe von Beiträgen auf spezifische Projekte und ihre Stadtteil-bezogene sozial-ökologische Wirkung eingegangen. So stellen zahlreiche Projekte zum Beispiel in Form ihrer jeweiligen Internetpräsenzen eine umfangreiche Informationsquelle dar bezüglich der weniger systematischen und doch nicht selten sehr effektiven, praktischen Umsetzung von Umweltgerechtigkeit durch Partizipation auf lokaler Ebene.

3.2 Historische Entwicklung der Umweltgerechtigkeit

Umweltgerechtigkeit ist ein Thema, welches v.a. in den USA und in Schottland schon länger systematisch analysiert und debattiert wird.

In den USA ging es hervor aus der Bürgerrechtsbewegung und war damit „bottom-up“ gesteuert. Umweltgerechtigkeit stand hier im Zusammenhang mit einem vorherrschenden Rassismus gegenüber der schwarzen Bevölkerung. Das Thema stand auch immer wieder auf der politischen Agenda, wurde jedoch aufgrund von Uneinigheiten sowie aufgrund anderer Prioritäten seitens beider politischer Lager mehr oder weniger nachrangig behandelt.

Nicht-gesetzspflichtige Konzepte und Maßnahmen für Umweltgerechtigkeit finden sich in den USA heute v.a. auf Länder- statt auf Bundesebene (Maschewsky 2012). Gaffron (2012) stellt fest, dass Umweltgerechtigkeit in den USA auf dem Papier sowie im öffentlichen Diskurs einen höheren Stellenwert einnimmt als beispielsweise in der BRD. So findet das Thema in diversen Richtlinien Erwähnung und seine Beachtung wird im öffentlichen Handeln eingefordert. Dennoch bestehen nach wie vor Umsetzungslücken. Diese resultieren u.a. aus der fehlenden konkreten Formulierung überprüfbarer Zielsetzungen sowie aus der fehlenden Handlungsanweisung für den Fall der Feststellung von Ungleichbelastungen beispielsweise im Rahmen von Planungsverfahren. Positiv wird eingeschätzt, dass bestehende Richtlinien und Gesetze in den USA zumindest eine Verhandlungsbasis für Verbesserungen im Sinne der Umweltgerechtigkeit darstellen und dass sie zu einer Sensibilisierung der Behörden gegenüber der Thematik geführt haben (Gaffron 2012).

Im Gegensatz zu den USA wurde die Debatte um Umweltgerechtigkeit in Schottland „top-down“ initiiert. Die Verteilungsfrage war hier nicht rassistisch behaftet, sondern war von Beginn an rein sozial bezogen. Auch in Schottland wurden Studien zum Thema durchgeführt. Eine gesetzliche Verankerung der Thematik scheiterte jedoch an politischer Uneinigkeit. Als Thema wurde Umweltgerechtigkeit im Jahr 2003 zumindest im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Vor dem Hintergrund dieser eher „symbolischen Umweltgerechtigkeitspolitik“ (Maschewsky 2012) ist die Nichtregierungsorganisation „Friends of the Earth Schottland“ bis heute kontinuierlich und auf sehr praktische und bürgernahe Weise um Umweltgerechtigkeit bemüht (Maschewsky 2012).

In Europa allgemein steigt die Zahl der Wissenschaftler, die sich mit dem Thema Umweltgerechtigkeit beschäftigen. So wird auch eine Zunahme entsprechender Studien, Tagungen, Seminare und Workshops verzeichnet (Bolte et al. 2012 (2)).

3.3 Gesetzliche und programmatische Rahmenbedingungen

In der Debatte um Umweltgerechtigkeit wird die aktive Beteiligung der Bevölkerung als entscheidend anerkannt. „Mit der Gesellschaft für die Gesellschaft“ gilt es bedarfsorientiert sowie auf integrative und kreative Weise bestehenden Mängeln hinsichtlich der sozialräumlichen Qualität zu begegnen und hierbei salutogene, d.h. gesundheitsfördernde Ressourcen zu nutzen und zu stärken. Dazu zählen auch urbane Grünräume als Orte der Begegnung, Erholung, Freizeitgestaltung u.a.m.

An dieser Stelle werden die gesetzlichen und programmatischen Grundlagen für Umweltgerechtigkeit und Partizipation im Überblick dargestellt.

3.3.1 Umweltgerechtigkeit

Grundsätzlich betonen verschiedene Gesetze die Pflicht der gleichwertigen Behandlung von Menschen sowie die Pflicht, für diese gleiche Möglichkeiten zu gewähren, auch im Sinne der Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit (Bunge 2012). Zentrale Anknüpfungspunkte bieten die Schwerpunktthemen Gesundheit und Nachhaltigkeit.

Daneben besteht eine Vielzahl an internationalen Konventionen, Deklarationen, Richtlinien etc., welche in ihren Inhalten das Thema Umweltgerechtigkeit tangieren.

So benennt beispielsweise die Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung die Voraussetzungen für Gesundheit. Zu diesen zählt auch soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit (WHO 1986).

Bezüge zum Thema Umweltgerechtigkeit stellt Bunge (2012) u.a. her in der Auseinandersetzung mit

- dem Rahmenkonzept „Gesundheit für alle“ für die Europäische Region der Weltgesundheitsorganisation (WHO)
- der Europäischen Charta Umwelt und Gesundheit
- der Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt.

Umweltgerechtigkeit ist mittlerweile ein strategischer Arbeitsschwerpunkt der WHO. So war z.B. die fünfte Konferenz der Umwelt- und Gesundheitsminister der europäischen Region der WHO im Jahr 2010 dem Thema Umweltgerechtigkeit gewidmet. Daneben lautet der Schwerpunkt einer neuen gesundheitspolitischen Strategie „Health 2020“ für die WHO-Region Europa „Soziale Ungleichheit und Gesundheit“.

Zudem hat die WHO eine „Health-in-all-Agenda“ aufgesetzt. Diese betont die Bedeutung einer umfassenden Gesundheitspolitik. Danach ist jede Politik Gesundheitspolitik, d.h., jede politische Entscheidung, auch und gerade getroffen in nicht-gesundheitsbezogenen Bereichen, hat Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung (Braubach 2012). Eine derart systemische Perspektive ist zentral für

das Verständnis von Umweltgerechtigkeit und die Erarbeitung entsprechend nachhaltiger Strategien.

Nicht zuletzt hat auch Deutschland bis dato zahlreiche der weltweiten Vereinbarungen zu Umwelt und Gesundheit unterzeichnet. Wenngleich diese bereits in nationale Strategien und Programme eingeflossen sind, so wurde für die BRD noch keine explizite Strategie für Umweltgerechtigkeit vorgelegt. Es mangelt an der Formulierung konkreter Ziele und deren Operationalisierung (Bunge 2012).

Dennoch wird festgestellt, dass Umweltgerechtigkeit, wenn auch (noch) nicht primäres Ziel, so doch bereits prinzipiell Bestandteil einiger kommunaler Planungsprozesse ist. Daneben findet sich Umweltgerechtigkeit in thematischen Bereichen einiger bestehender Programme wieder (Böhme und Franke 2012). Letzteres trifft beispielsweise zu auf das Städtebauförderungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und der Länder. „[Es] wurde im Jahr 1999 mit dem Ziel gestartet, die „Abwärtsspirale“ in benachteiligten Stadtteilen aufzuhalten und die Lebensbedingungen vor Ort umfassend zu verbessern“ (BMVBS 2012). Auch die Bürgerbeteiligung spielt innerhalb dieses Programms eine zentrale Rolle.

3.3.2 Partizipation

Analog der Umweltgerechtigkeit wird auch Partizipation kraft Rechtsprechung und wiederum in Form einer Vielzahl internationaler Vereinbarungen bestätigt und in ihrer Bedeutung betont. An dieser Stelle werden dafür einige Beispiele genannt, insbesondere mit Blick auf die Kinder- und Jugendbeteiligung.

Zunächst und grundlegend stellen die Menschenrechte Schutz-, Teilhabe- und Entwicklungsrechte dar. Daneben ist die Beteiligung in allen Fragen der politischen Gemeinschaft ganz explizit in den Menschen- und Bürgerrechten festgeschrieben.

Weiterhin vertritt die Ottawa-Charta einen umfassenden Gesundheitsbegriff und erkennt die Rolle des Individuums darin an, im Rahmen kommunaler Beteiligungsprozesse an der Realisierung gesunder Lebensbedingungen mitzuwirken. Die Relevanz einer unmittelbaren Bürgerbeteiligung wird außerdem durch die Lokale Agenda 21 unterstrichen.

Der Kinder- und Jugendbeteiligung im Besonderen misst die UN-Kinderrechtskonvention (KRK) eine ausdrückliche Bedeutung bei. Die KRK enthält 54 Artikel, die neben Schutz- und Förderrechten auch Beteiligungsrechte beinhalten:

- Schutzrechte: Schutz vor Gewalt, Missbrauch und Vernachlässigung, das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung und das Recht auf Leben
- Förderrechte: Förderung einer bestmöglichen Gesundheit und sozialen Sicherung, von Bildung und Freizeit

- **Beteiligungsrechte:** Rechte, die die Subjektstellung des Kindes betonen, wie Mitwirkungs-, Anhörungs- und Beteiligungsrechte in allen Kinder betreffenden Angelegenheiten

(Kindernothilfe e.V. 2008).

Die Rechtsprechung betreffend hält Richter (2007) jedoch fest, dass es für eine Beteiligung von jungen Menschen keine allgemeine Rechtsvorschrift gibt. Demnach folgt aus Kinderrechten kein umfassender Anspruch von Kindern und Jugendlichen, an allen sie betreffenden Angelegenheiten beteiligt zu werden.

Berger (2007) verweist auf das Bestehen von Beteiligungsrechten für Kinder und Jugendliche im Bundesrecht, z.B. im Bundesbaugesetz sowie in den bundesdeutschen Schulgesetzen. Die Beteiligung von Kindern ist daneben vor allem in den Landesgesetzen geregelt und teils festgeschrieben. So gibt es insbesondere auf der kommunalen Ebene eine Vielzahl an Projekten bzw. Prozessen, in welche sich Kinder- und Jugendbeteiligung integrieren lässt. Dazu gehören u.a. kommunale Planungen, wie beispielsweise die Planung der Bebauung und konkreten Ausgestaltung von Straßenzügen, Spielarealen und Gebäuden. Dabei können Kinder und Jugendliche nicht nur ihre Ideen in die Planung einbringen. Vielmehr können sie auch an der Planungsumsetzung aktiv beteiligt werden. Weiterhin äußert sich kommunale Kinder- und Jugendpartizipation in der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungen, z.B. im Rahmen von Jugendparlamenten.

Neben den formellen Bestimmungen für Umweltgerechtigkeit und Partizipation, d.h., den themenrelevanten Gesetzen, Verordnungen und entsprechendem Fachrecht, stellen die zahlreichen informellen Vorsätze in Form von Konzepten, Aktionsplänen, Programmen und Leitlinien eine gleichbedeutende Grundlage dar für die Schaffung von Strukturen und für die Beförderung entsprechender Prozesse pro Umweltgerechtigkeit und Partizipation.

3.4 Partizipation und Partizipationshindernisse junger Menschen in sozial benachteiligten Stadtvierteln

Im Rahmen einer Untersuchung der Beteiligung junger Menschen in den Bereichen Familie, Schule und Wohnort ermittelten Fatke und Schneider (2007), dass der Wohnort der im Vergleich mitwirkungsärmste Lebensbereich junger Menschen ist. Demnach ist die „Zahl der Formen und Themen, an denen sich Kinder und Jugendliche beteiligen, gering“. Zudem werden die von der Kommune angebotenen Beteiligungsmöglichkeiten im Vergleich nur geringfügig genutzt.

Gründe für eine Mitwirkung der jungen Menschen am Wohnort bzw. in der Kommune sind der Studie zu Folge vornehmlich das thematische Interesse sowie das Bedürfnis, etwas zu verändern. Daneben von besonderer Relevanz sind die ermittelten Gründe für eine Nicht-Beteiligung. Zu diesen zählen vorrangig das Desinteresse am jeweiligen Thema, ein fehlendes Vertrauen in Politiker sowie die

Wahrnehmung, seitens der Politiker nicht respektiert zu werden. Schließlich gab die Hälfte der befragten Kinder und Jugendlichen an, dass sie sich über die Möglichkeiten der Mitwirkung in ihrem Wohnumfeld unzureichend informiert fühlten.

Darüber hinaus sieht Kutscher (2007) in partizipationsbezogenen, milieuspezifischen Ungleichheiten das Resultat milieu- und herkunftsspezifischer Muster. In Berufung auf die 15. Shell-Studie stellt sie fest, dass „vor allem die Schichtzugehörigkeit [...] den Aktivitätsgrad prägt“, d.h., Jugendliche aus höheren Bildungsschichten zeigen höhere Beteiligungsquoten als Jugendliche aus bildungsfernen Schichten. In Berufung auf Bittlingmayer und Hurrelmann (2005) begründet Kutscher eine erschwerte Beteiligung sozial benachteiligter Jugendliche auch mit problematischen Zukunftsaussichten in Bezug auf Erwerbsmöglichkeiten und verfügbare Ressourcen. Außerdem empfinden diese jungen Menschen teilweise eine sozialräumliche Benachteiligung dadurch, dass sie aufgrund des Wohnens in einem sozialen Brennpunkt stigmatisiert werden. Der empfundene Mangel an Gegenwarts- und Zukunftsperspektiven mindert die Motivation bestehende Beteiligungsmöglichkeiten wahrzunehmen.

Schließlich können negative Partizipationserfahrungen zur bewussten Entscheidung führen, bestehende Mitwirkungsmöglichkeiten nicht (mehr) zu nutzen. Dies ist dann der Fall, wenn sozial benachteiligte Jugendliche realisieren, dass sie „trotz des Willens und der Versuche zu partizipieren, strukturell zu einer Interessensgruppe zu gehören, deren Anliegen und Ausdrucksformen nicht denen der ‚Mehrheitsgesellschaft‘ entsprechen“ (Kutscher 2007). Vor diesem Hintergrund kann die Erfahrung der Nichtdurchsetzbarkeit der eigenen Interessen zur Resignation gegenüber den etablierten Formen der Beteiligung führen (Kutscher 2007).

Fatke und Schneider (2007) resümieren, dass „die Intensität der Mitwirkung und die Vielfältigkeit der Themen stark beeinflusst [wird] von den Erfahrungen, die Kinder zuvor mit der Mitwirkung gemacht haben“. Es gilt gegenwärtig und zukünftig in dieser Hinsicht nachhaltige Erfahrungsräume zu öffnen und zu stärken.

Dahingehend erörtern Roth und Olk (2007) die Bedeutung von Vereinen als bürgerschaftliche Lernorte. Ihrer Ansicht nach übernehmen Vereine eine Schlüsselrolle für die Entwicklung von Partizipationsinteressen. Überdies bietet ein Verein günstige Lernbedingungen für Beteiligung. So kann die aktive Vereinszugehörigkeit durch das aktive Miteinander mit Gleich- und Andersaltrigen mitwirkungsfördernd auf junge Menschen wirken. Der Verein stellt einen Raum dar, welcher die Erfahrung von Sozialisation „unter Aufsicht“ im Sinne eines geschützten Lernorts ermöglicht. Es bestehen Möglichkeiten eigeninitiativ und mit anderen eigensinnige Gestaltungs- und Aneignungspotentiale kreativ umzusetzen und hierin Verantwortung zu übernehmen.

Der Verein stellt demzufolge eine potentiell wichtige Instanz dar, welcher im Kontext der Jugendarbeit ein Bildungsauftrag obliegt. Im Sinne einer selbstbestimmten Bewältigung des Lebensalltags kann der Verein die Handlungskompetenz junger

Menschen und allgemein der Mitglieder fördern. Laut einer Studie sind jedoch Gymnasiasten häufiger in Vereinen vertreten und häufiger ehrenamtlich aktiv als Hauptschüler (Roth, Olk 2007). So gilt es die Institution Verein in der Debatte um Umweltgerechtigkeit durch Partizipation zu berücksichtigen und in ihrem Engagement zu fördern, insbesondere dann, wenn damit sozial benachteiligte Zielgruppen angesprochen werden.

3.5 Umweltressource Grünraum in der Stadt – Die Bedeutung von Naturerfahrung für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen

Potenzielle Umweltbelastungen, insbesondere im urbanen Bereich sind durch unterschiedliche Einflussfaktoren bedingt. Im Bereich Mobilität ergeben sich belastende Umstände z.B. aus der Einwirkung von Verkehrslärm und Emissionen. Mit Blick auf die Energieversorgung können sich im Kontext von Umweltgerechtigkeit u.a. steigende Energiekosten und energetisch unsanierten Wohnraum ungünstig auswirken. Schließlich ergeben sich belastende Umstände auch aus dem Mangel an Grünräumen und entsprechenden Zugängen im Wohnumfeld. Für sozial benachteiligte Gruppen der Bevölkerung resultiert aus den genannten, potenziell negativen Umständen nicht selten eine reale Komplexbelastung.

Im zu Grunde liegenden Projekt steht das Fehlen grüner Freiräume, insbesondere in sozial benachteiligten Stadtquartieren und mit Blick auf die dort lebende Bevölkerung im Vordergrund. Bedenklich stimmt einerseits, dass ein derartiger Mangel im Vergleich zu besser gestellten Stadtvierteln und eine dadurch bedingte Umweltungerechtigkeit bereits im Rahmen mehrerer Studien belegt wurden. Anlass zur Sorge gibt andererseits der subjektive Stellenwert, welcher der Naturerfahrung seitens der Betroffenen beigemessen wird.

3.5.1 Grüne Freiräume fehlen – na und?

Aus Studien geht mittlerweile ein eindeutiger Zusammenhang zwischen einer schlechten Umfeld- und Aufenthaltsqualität im Wohnumfeld und der sozialen Lage der Wohnbevölkerung hervor. Demnach leben sozial benachteiligte Menschen zumeist in solchen Quartieren, die durch eine geringe Qualität des Wohnumfeldes gekennzeichnet sind. Dies äußert sich z.B. in einem Mangel an grünen Freiräumen in der direkten Umgebung zur Wohnung.

Es stellte sich heraus, dass sozial benachteiligte Gruppen der Bevölkerung in unterdurchschnittlichem Maß Zugang zu naturnahen Grün- und Erholungsräumen haben (Claßen et al. 2012). Darüber hinaus wurde im Rahmen einer Studie im US-amerikanischen Atlanta explizit nachgewiesen, dass für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ein „signifikant schlechterer Zugang [zu urbanen Grünräumen bestand] besteht im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund“ (Claßen et al. 2012).

Gleichzeitig sind sozial benachteiligte Menschen nachweislich häufiger gesundheitsbeeinträchtigenden Umwelteinwirkungen ausgesetzt. Denn weil sie sich

z.B. keinen anderen Wohnraum leisten können, bewohnen sie oft Wohnungen in unmittelbarer Nähe zu stark frequentierten Straßen. Damit einher geht eine im Vergleich höhere Exposition gegenüber Verkehrslärm und –emissionen.

Das Fehlen rekreativer Freiräume in der Stadt und damit verbundene Bewegungsarmut setzen Wolch et al. (2011) in Verbindung mit einem erhöhten Body-Mass-Index¹ bei Kindern. Demzufolge sind fehlende Grünräume in der Stadt indirekt auch eine Ursache für Krankheiten, wie Fettleibigkeit. Schließlich führen Claßen et al. (2012) an, dass in Abhängigkeit vom Einkommen die Morbiditäts- und Mortalitätsraten für Menschen mit einem besseren Zugang zu einer naturnahen Umgebung geringer sind. Somit bedeuten fehlende Grünräume insbesondere für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen nachweislich eine Einschränkung der Gesundheit und der Lebensqualität.

Neben der angedeuteten, vergleichsweise höheren Umweltbelastung und der entsprechenden gesundheitlichen Beeinträchtigung sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen stimmt deren subjektive Einschätzung zur Bedeutung von Natur und Naturerfahrung bedenklich. So besteht in den sogenannten Unterschicht-Milieus nur ein geringes Interesse an der Natur (BMU 2009). Danach geht eine Distanz zur Natur oft einher mit sozialer Benachteiligung, was begründet wird mit der Lebenssituation bzw. dem Lebensstil der Unterschicht-Milieus. So wird die Natur von den sogenannten Hedonisten und Experimentalisten, welche die Unterschicht-Milieus ausmachen, höchstens als „Kulisse für Erlebnis, Spaß und Abenteuer betrachtet“ (BMU 2009).

Für entsprechende Bevölkerungsgruppen wird die Besorgnis um den Zustand der Natur und die Bereitschaft, einen persönlichen Beitrag für die Natur zu leisten, als gering eingestuft. Vielmehr sind diese Menschen auf das „Hier und Jetzt“ ausgerichtet und mit der Bewältigung ihres Alltags oft ausgelastet, wenn nicht überlastet. Hinsichtlich des Naturschutzes ist man der Ansicht, dass sich der Mensch die Natur aneignen kann und keine Schutzanstrengungen nötig sind. Wenn, dann wird die Verantwortung für Naturschutzbelange bei Umwelt- und Naturschutzorganisationen gesehen, nicht jedoch bei sich selbst. Naturschutzmaßnahmen finden in Unterschicht-Milieus im Vergleich die geringste Zustimmung.

Weiterhin wurde festgestellt, dass sich sozial benachteiligte Gruppen eher selten in der Natur aufhalten. Die Motive Erholung, Gesundheit, Ruhe und Schönheit sind im Falle eines bewussten Aufsuchens der Natur von unterdurchschnittlicher Bedeutung.

¹ Der Body-Mass-Index oder Körpermassenindex (Abkürzung BMI) „ist der heute gebräuchlichste Orientierungswert zur Beurteilung des Körpergewichts. Der BMI errechnet sich durch Teilung des Körpergewichts (in kg) durch das Quadrat der Körpergröße (in m). Die Weltgesundheitsorganisation stuft Erwachsene mit einem Body-Mass-Index über 25 als übergewichtig ein, mit einem Wert über 30 als stark übergewichtig und mit einem Wert von unter 18,5 als untergewichtig. Das Geschlecht und das Alter bleiben bei dieser Einteilung unberücksichtigt“ (GBE 2012).

Allgemein wurde ermittelt, dass die Ökosystemdienstleistungen der Natur bzw. die Natur als Ressourcenquelle kaum wahrgenommen werden. Knapp ein Drittel der Bevölkerung zeigte sich naturfern und an der Natur desinteressiert (BMU 2009).

Hinsichtlich der Wohnumfeld-nahen Naturerfahrung in sozial benachteiligten Stadtvierteln tut sich damit eine doppelte Herausforderung auf: Einerseits besteht ein Mangel an entsprechend grünen Freiräumen in diesen Stadtgebieten, den es zu beheben gilt. Andererseits erscheint es zumindest für einen Teil der Bevölkerung der Unterschicht-Milieus erforderlich, ihnen zunächst den persönlichen und sozialen Wert von Grünräumen im Wohnumfeld näher zu bringen. Idealerweise können diese Ziele erreicht werden durch die Realisierung lokaler, partizipativer Projekte, die beitragen zu mehr Grün im Quartier sowie zu mehr Bewusstsein bei der Bevölkerung für die positive Wirkung grüner Freiräume im Wohngebiet.

3.5.2 Partizipation für Umweltgerechtigkeit – Synergien für die Stadt und ihre BewohnerInnen durch die Schaffung grüner Freiräume

Mit der Schaffung grüner Freiräume im Stadtviertel unter Beteiligung der lokalen Bevölkerung wird eine vielfach positive Wirkung verbunden. Diese betrifft u.a.

- die physisch-psychische Gesundheit des Individuums
- das soziale Miteinander im Stadtteil
- konkrete Bereiche und Prozesse, wie beispielsweise die Stadtplanung oder die Integration
- das Mikroklima im Stadtteil
- den Naturschutz.

Bedeutsam erscheinen diese potenziell positiven Effekte insbesondere im Kontext sozial benachteiligter Stadtquartiere und der Lebenssituation der dort lebenden Bevölkerung.

So sind urbane, naturnahe Grünflächen zunächst Orte der individuellen Regeneration. Martens und Wippert (2012) weisen darauf hin, dass sich der Erholungseffekt der Natur insbesondere bei Menschen mit geringem Einkommen sehr deutlich zeigt. Laut Claßen et al. (2012) haben Wohn- und Arbeitsumfeld-nahe Grünräume das Potenzial gesundheitliche Risiken zu mindern und die Gesundheit zu fördern. Als Orte der Bewegung, der Begegnung und des aktiven Erlebnisses können sie zur Steigerung des allgemeinen gesundheitlichen Wohlbefindens beitragen.

Für urbane Grünräume belegt ist beispielsweise ihre blutdrucksenkende und stressreduzierende Wirkung (Claßen et al. 2012). Letztere führen Thompson-Ward et al. (2012) auf die Senkung des Cortisol-Spiegels zurück, welche durch die Bewegung im Freien erreicht wird.

Daneben trägt der Aufenthalt in städtischen Grünräumen zu einer Erhöhung der Aufmerksamkeit und der Konzentration bei. In diesem Zusammenhang weist Steinebach (2012) auf die körperliche und geistige Leistungssteigerung durch

Bewegung und Aktivität hin und hierin auf die Bedeutung des Vorhandenseins entsprechender Areale im direkten Wohnumfeld. Auch Pirchio et al. (2012) bestätigen einen „signifikant positiven Einfluss von Grünräumen auf die Leistungsfähigkeit und das soziale Verhalten von Kindern“.

Naturnahe Grünflächen in der Stadt erlauben Aktivität, Naturerfahrung und dabei den Genuss mit allen Sinnen (BfN 2007). Dabei ist die Naturerfahrung insbesondere für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sehr wichtig.

Die positive Wirkung von Naturerfahrungsräumen wird verstärkt durch die Partizipation der Bevölkerung an der Planung und Umsetzung entsprechender Areale. So sollten in die Planung nach Möglichkeit Kinder und Jugendliche aus dem Stadtviertel einbezogen werden. In einer diesbezüglichen Jugend-orientierten Beteiligung wird ein positiver Beitrag zur Einbeziehung junger Menschen in die Gestaltung kommunaler Aufgaben verstanden. Damit wird die Erfahrung einer anerkannten und aktiven Bürgerschaft ermöglicht (Olk, Roth 2007 (1)). Zugleich werden die Kinder und Jugendlichen bzw. die beteiligten Bevölkerungsgruppen anerkennend als Experten ihrer Lebenswelt wahrgenommen und als solche angesprochen. Dies kann die Motivation zur Beteiligung seitens der Bevölkerung in Fragen der Stadtteilgestaltung stärken.

Daneben fördert die Möglichkeit der Mitbestimmung die Kompetenzentwicklung (nicht nur) junger Menschen. Die Kompetenzen und Innovationen der jungen Menschen bzw. der Stadtbewohnerschaft insgesamt bedeuten wiederum einen wertvollen, nachhaltigen Beitrag für die positive Entwicklung der gesamten Stadtgesellschaft.

Ein partizipatives Vorgehen im Rahmen der Stadtentwicklung kann weiterhin die Prävention im Sinne der Minderung von Gewalt, Kriminalität und Vandalismus unterstützen. So können (nicht nur) junge Menschen bei entsprechenden Aktionen und Projekten im Stadtteil Selbstbewusstsein erlangen, indem sie sich z.B. an der Ideenfindung beteiligen, organisatorisch Verantwortung übernehmen und ihre Fähigkeit zur Kooperation mit Menschen aus der Nachbarschaft sowie relevanten, lokalen Akteuren üben. Martens und Wippert (2012) bestätigen, dass Partizipation und regelmäßige soziale Interaktion zu einer Stärkung von Verantwortungsgefühl und Empowerment beitragen.

Eine breite Beteiligung der Stadtteilbewohnerschaft kann auch mit Blick auf die Integration förderlich sein. Zum einen kann auf diese Weise die soziale Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen vermieden werden. Zum anderen können von der Stadtteilbewohnerschaft gemeinsam durchgeführte Aktionen und Projekte dazu beitragen, dass bestimmte Vorurteile, z.B. gegenüber Mitbürgern mit Migrationshintergrund, abgebaut werden.

Indem vor allem bisher ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen an entsprechenden Maßnahmen beteiligt werden, kann durch Partizipation auch soziale Gerechtigkeit gefördert werden. Die Beteiligung von Erwachsenen, Jugendlichen und Kindern an

den Planungs- und Gestaltungsprozessen im Stadtteil bedeuten außerdem einen Beitrag zu Generationengerechtigkeit.

So bietet die partizipative Stadtteilentwicklung für alle beteiligten Bürger die Möglichkeit, den kritischen und akzeptierenden Umgang miteinander sowie mit gesellschaftlichen Normen zu schulen (Olk, Roth 2007 (2)). Im Rahmen einer Studie zu den Latino community gardens in New York City wurde festgestellt, dass diesen neben ihrer Funktion als Offenbereiche in der Stadt sowie als Bereiche der Lebensmittelproduktion vor allem hinsichtlich der Entwicklung der Gemeinschaft eine bedeutende, positive Rolle zukommt (Saldivar-Tanaka, Krasny 2005). Dementsprechend beobachten Christ und Wolf (2012) den temporären Garten Kalkbreite in Zürich als einen sozialen Treffpunkt, als Garten und Spielplatz gleichermaßen, der Beteiligung, sozialen Austausch und Entschleunigung ermöglicht.

Auch Müller (2012) verweist auf die integrative Leistung sogenannter interkultureller Gärten. Interkulturelle Gärten sind Orte der lokalen Lebensmittelproduktion im urbanen Wohnumfeld durch Stadtbewohner unterschiedlicher Herkunft bzw. mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund. In der gemeinsamen, produktiven Aneignung des städtischen Raums, im „Selbermachen mit Nahbezug“ und dabei konkret in der zumeist konsequenten Ressourcenorientierung erkennt Müller grundsätzliche Vorteile und darüber hinaus das Potenzial für einen gesellschaftlichen Wandel hin zu mehr Nachhaltigkeit.

Die aktive Teilhabe der Stadtteilbewohnerschaft an der Planung und Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes schließlich kann die Identifikation mit dem Wohnort stärken und sich wiederum nachhaltig positiv auswirken auf die Kontinuität des individuellen Engagements für einen lebenswerten Stadtteil.

Im Kontext der Stadtplanung wird in der Partizipation der Bürgerschaft das Potenzial erkannt, die Qualität entsprechender Planungsprozesse durch die unmittelbare Orientierung an den Interessen und am Bedarf der Bürger zu steigern. Auf Basis einer umfassenden, gleichberechtigten Bürgerbeteiligung können verschiedene Interessen und Meinungen diskutiert und faire Kompromisse ausgehandelt werden. Die Einbringung der Ideen seitens der Bürgerschaft wird wiederum als Zeichen einer modernen Staatlichkeit gewertet, in welcher der einzelne Bürger als „Ko-Produzent“ von Innovationen verstanden wird und als solcher die Effektivität und Effizienz gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse erhöht (Olk, Roth, 2007 (2)).

In der Partizipation der Bürgerschaft einer Stadt liegt demnach ein Win-Win-Potenzial, das es zu nutzen gilt.

3.6 Handlungsempfehlungen

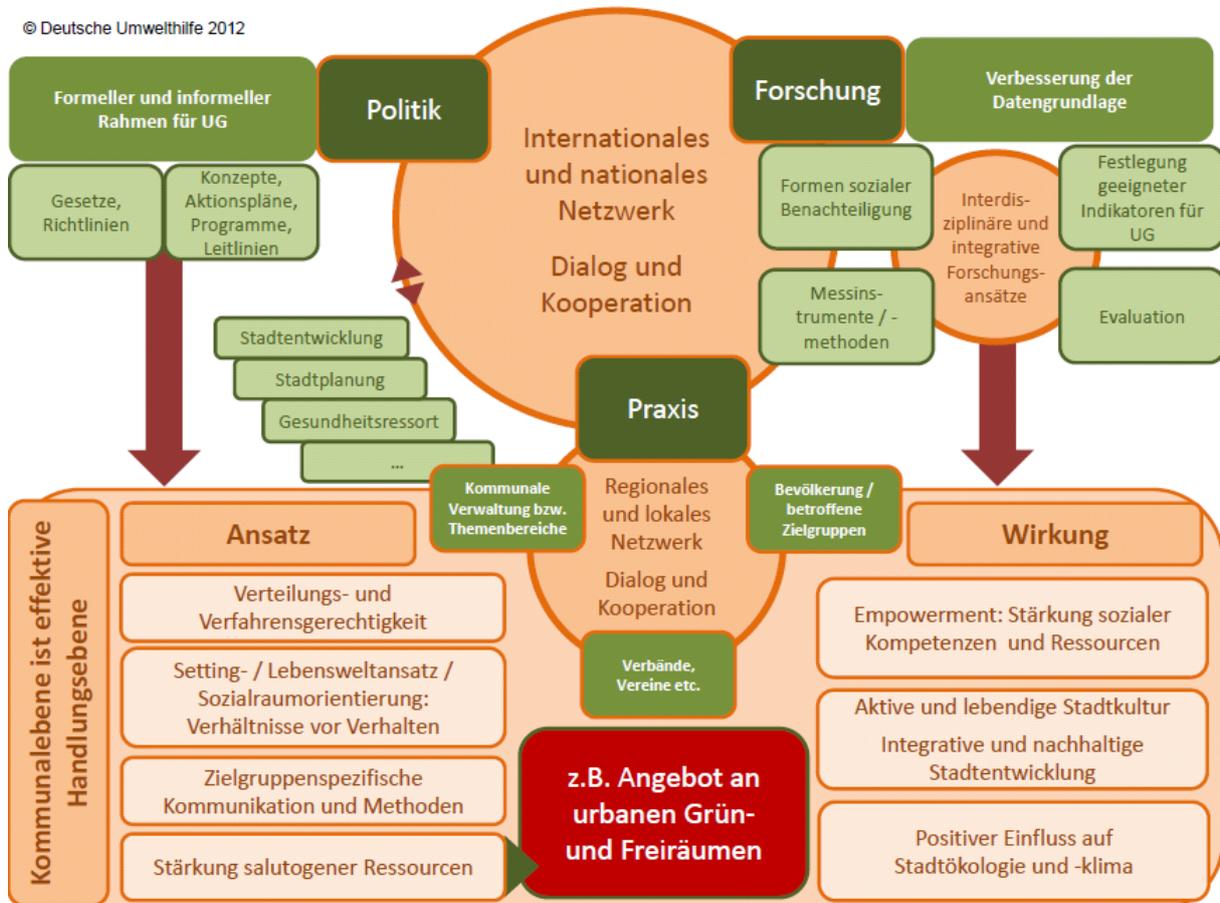
Um Fortschritte in Sachen Umweltgerechtigkeit durch Partizipation zu erreichen wird zunächst einstimmig die intensive Einbindung und aktive Kooperation der verschiedenen relevanten Akteure aus Politik, Forschung und Praxis empfohlen. Diese Akteure stammen u.a. aus dem Umwelt- und Gesundheitsbereich, aus der Sozialpolitik sowie aus der Stadt- und Raumplanung. Entscheidend dabei ist, dass solche Akteure, die sich bisher typischerweise nicht mit Umwelt- und/oder Sozialthemen auseinandergesetzt haben, ihre Rolle in der aktiven Umsetzung von Umweltgerechtigkeit durch Partizipation anerkennen und entsprechend aktiv werden. Der Initiative der Deutschen Umwelthilfe folgend, sollten sich beispielsweise Umweltverbände stärker sozialen Themen öffnen und Menschen mit Migrationshintergrund stärker in ihre Aktivitäten integrieren (Bolte et al. 2012 (2)).

Abbildung 2 stellt eine Zusammenfassung der recherchierten Ergebnisse, Einschätzungen und Empfehlungen dar mit Blick auf die anzustrebende Vernetzung der Akteure für Umweltgerechtigkeit durch Partizipation. Demzufolge erfordert Umweltgerechtigkeit die Kooperation der verschiedenen Akteure aus Politik, Forschung und Praxis auf und zwischen der kommunalen, nationalen und internationalen Ebene. Jeweils dargestellt sind auch die fachlichen Verantwortungs- und Aufgabenbereiche der jeweiligen Akteursgruppe. Dabei ist die kommunale Ebene zugleich effektive Handlungsebene, d.h., hier werden Maßnahmen für Umweltgerechtigkeit tatsächlich praktisch umgesetzt und wirksam. Dahingehend sind in Abbildung 2 wesentliche Aspekte eines nachhaltigen Ansatzes für Umweltgerechtigkeit aufgeführt.

Wenn Akteure und Verantwortungsbereiche, die sich bisher nicht mit der Thematik ‚Umweltgerechtigkeit durch Partizipation‘ beschäftigt haben, nun dahingehend aktiv werden sollen, bedeutet dies auch, dass das Thema Umweltgerechtigkeit entsprechend dem oben erläuterten „Health-in-all“-Ansatz der WHO in die Programmatiken der verschiedenen Ressorts zu integrieren ist. Dazu gehören z.B. die Bereiche Gesundheit, Bildung und Klima.

Zukünftig gilt es also, „die verschiedenen städtebaulichen, sozialräumlichen und umweltmedizinischen Aspekte der urbanen, gebauten Umwelt und ihrer Folgen für die Gesundheit [durch alle relevanten Akteure integriert und systematisch zu betrachten]“ (Schmidt, Tran 2012). Unterstützung erfahren die politischen und praktischen Akteure dabei von einer praxisnahen, integrativen Forschung zu Umweltgerechtigkeit. Primärer Auftrag der Forschung ist es, die Datenlage zu Umweltgerechtigkeit in Kommunen zu verbessern. Es gilt, die konkreten Zusammenhänge zwischen der Sozialstruktur der Stadtbevölkerung, den bestehenden Umweltbelastungen und entsprechenden gesundheitlichen bzw. finanziellen Beeinträchtigungen zu analysieren und aufzuzeigen.

Abbildung 2: Vernetzung relevanter Akteure und entsprechende Aufgabenbereiche und Funktionen im Sinne von Umweltgerechtigkeit durch Partizipation



Im Folgenden werden beispielhaft die Verantwortungsbereiche einiger kommunaler Akteure im Sinne von Umweltgerechtigkeit dargestellt.

Für die Stadtplanung in Kooperation mit dem Ressort Gesundheit geht es zum Beispiel um die Herstellung der „walkability“ von Stadträumen, d.h., um die Herstellung eines gehfreundlichen Umfeldes. Dieses sollte u.a. ausreichend mit Fußwegen ausgestattet sein und vernetzte Grün- und Aktivitätsräume aufweisen (Schmidt et al. 2012). Zu Letzteren zählen z.B. gemeinsame Beet- und Gartenanlagen in Wohnsiedlungen, welche Ausgangspunkt für körperliche Aktivität, soziale Integration sowie lokale Lebensmittelproduktion sein können. Auch einfache Straßenspielmöglichkeiten sowie generationsübergreifende Plätze als Aufenthaltsmöglichkeit für Jung und Alt sind diesbezüglich förderlich (Wallmann 2012).

In der Debatte um Umweltgerechtigkeit ist eine salutogene Perspektive grundlegend, d.h., die Orientierung auf die gesundheitsförderliche Wirkung urbaner, grüner Freiräume. Daneben bedeutsam ist das Prinzip der Vorsorge durch Risikominderung, insbesondere im Kontext sozialer Benachteiligung. Dahingehend schlagen Böhme und Reimann (2012) u.a. den Aufbau gesundheitsbezogener Netzwerke vor.

Zusammengefasst gelten für „gute Grünräume“ folgende wissenschaftlich belegte Kriterien (Claßen et al. 2012):

- die direkte Erreichbarkeit durch unterschiedliche Zielgruppen
- eine optimale räumliche Verteilung und Vernetzung von Stadtgrün
- bestehende Möglichkeiten zur Aufnahme und Pflege von Kontakten
- die Vermeidung von Angsträumen und Mobilitätsbarrieren
- eine ästhetisch ansprechende urbane Landschaft mit multifunktional genutzten öffentlichen Grünbereichen.

Der oben erwähnten urbanen Landwirtschaft u.a. in Form von Gemeinschaftsgärten liegt nicht nur ein sozial-verbindendes Potenzial inne. Vielmehr kann sie tatsächlich zur lokalen Versorgung beitragen. Roth und Uttke (2012) weisen jedoch darauf hin, dass Ernährungssysteme zunächst als Bestandteil des urbanen Systems anzuerkennen sind. Die Standortplanung sollte diese Strukturen der örtlichen Nahrungsmittelproduktion bzw. Selbstversorgung und ggf. entsprechende, kleinräumige Direktvermarktungsansätze nicht nur im Zusammenhang mit sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen aktiv in ihre Planungen einbeziehen.

Den Bereich Bildung betreffend können Kindertagesstätten und Schulen positive Zugänge zur Natur im Stadtteil schaffen. Dies kann gelingen, indem sie z.B. „mittels gezielter Angebote für Familien Defiziten in der häuslichen Erziehung von Kindern im Hinblick auf die Wertschätzung und den Schutz der Natur begegnen und kleine Erlebnisangebote in der Natur für die ganze Familie [organisieren]“ (BMU 2009). Mit Blick auf die Zielgruppe der sozial benachteiligten Stadtbewohner ist im Rahmen solcher Angebote eine intellektuelle Überforderung unbedingt zu vermeiden.

Überdies liegt in der stadtplanerisch zu koordinierenden Etablierung von akzeptablen Freiräumen auch eine Schnittstelle zum Bereich Klimaschutz und Klimawandelanpassung im urbanen Raum, da Grünareale auch positiv wirken auf das Mikroklima im Stadtteil.

Zu den entscheidenden Akteuren vor Ort gehören unbedingt die Bewohner einer Stadt und dabei insbesondere solche, die als sozial benachteiligt gelten sowie Kinder und Jugendliche. Wie oben dargestellt können sie durch die Beteiligung im Rahmen sozial-ökologisch orientierter Projekte im Stadtteil besonders profitieren. Bedeutsam dabei ist, dass für sie gleiche Partizipationsmöglichkeiten gelten wie für andere Bevölkerungsgruppen, dass dabei jedoch die zielgruppenspezifischen Besonderheiten beachtet werden, d.h. das Alter und das Geschlecht, die soziale Schicht, der ethnische Hintergrund, zur Verfügung stehende Ressourcen, die jeweilige Partizipationserfahrung u.a. (Kutscher 2007).

Damit einher geht der sogenannte Lebenswelt (oder setting-)-Ansatz, welcher die Lebensbedingungen der Betroffenen vor Ort berücksichtigt. So gilt es im Dialog mit der genannten Zielgruppe bestimmte Kommunikationsweisen und -wege zu bedenken, um diese Menschen effektiv zu erreichen und nachhaltig zu involvieren. Hierin förderlich kann wiederum die Vernetzung mit lokalen Initiativen bzw. Vereinen

sein, die dabei helfen können, insbesondere randständige Zielgruppen zu erreichen. Die Beteiligung sozial benachteiligter Mitmenschen an der Gestaltung und Nutzung „ihres“ Stadtteils sollte auf Empowerment orientiert sein, d.h., auf die Stärkung ihrer Bewältigungskapazitäten und Verwirklichungschancen.

Um insbesondere die Partizipation von Kindern und Jugendlichen am Wohnort zu erhöhen, sollte primär bei Faktoren angesetzt werden, die tatsächlich beeinflussbar sind. Zum Beispiel kann durch entsprechende Maßnahmen das Qualifikationsempfinden der Kinder und Jugendlichen gestärkt werden. Weiterhin sollten die Mitwirkungsmöglichkeiten am Wohnort zielgruppengerecht kommuniziert werden. Dies betrifft sowohl den Kommunikationsweg, als auch den Kommunikationsinhalt. Schließlich sollten Vereine bzw. Vereinsaktivitäten kommunal gefördert werden, wenn diese zu einer professionell gestützten und qualitativ hochwertigen kommunalen Infrastruktur für Kinder- und Jugendbeteiligung beitragen (Roth, Olk 2007).

3.7 Handlungsansätze, Initiativen und Instrumente für Umweltgerechtigkeit und Partizipation

Entsprechend der in 3.5 erläuterten Handlungsempfehlungen für Umweltgerechtigkeit und Partizipation kann bereits auf einige positive Entwicklungen in Theorie und Praxis hingewiesen werden.

Zum einen wird derzeit in Berlin ein ressortübergreifendes Modellvorhaben umgesetzt, in dessen Rahmen der Zusammenhang zwischen der Sozialstruktur und Umweltgerechtigkeit untersucht wird. Mit dem Berliner Modellprojekt wird angestrebt die Bereiche Gesundheit, Soziales, Städtebau, Stadtentwicklung und Umwelt stärker vernetzt zu betrachten und zu bearbeiten und darüber hinaus ein integriertes gesundheitsförderndes Gesamtkonzept zu entwickeln (Klimeczek 2012 (1), (2)).

Bereichsspezifische Instrumente und Strategien zur Herstellung von Umweltgerechtigkeit sind dabei u.a. die Bauleitplanung, die Stadtentwicklungsplanung, das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt, Umweltgerechtigkeitsindikatoren, Planspiele, Aktionspläne und urbane Landwirtschaft. Die Umsetzung von Umweltgerechtigkeitsmaßnahmen auf der Verwaltungsebene hat sich als schwierig herausgestellt. Begründet wird dies mit dem Aufbau der Verwaltung.

Das Projekt beinhaltet weiterhin die Erarbeitung eines innovativen Umweltbelastungs-Monitorings, welches in bestehende Stadtbeobachtungssysteme integriert werden soll. Es ist zu erwarten, dass aus diesem und anderen Projekten bedeutsame Ergebnisse und Impulse für andere Kommunen hervorgehen.

Mit der Aufnahme des Themenfeldes Umweltgerechtigkeit als Forschungsvorhaben in den Umweltforschungsplan des BMU im Jahr 2011 wurde überdies ein wichtiges Signal auf bundespolitischer Ebene gesetzt (Klimeczek 2012 (2)).

Innovativ ist weiterhin das zu Grunde liegende Projekt „Umweltgerechtigkeit durch Partizipation“ der Deutschen Umwelthilfe. Der daraus hervorgehende Handlungsleitfaden wird „Good Practice“-Aspekte zu Umweltgerechtigkeit durch Partizipation bündeln. Diese beruhen auf den Erfahrungen, welche in aktuellen Partizipationsprojekten gesammelt werden, die insbesondere in sozial benachteiligten Stadtgebieten angesiedelt sind.

Das Engagement der Verantwortlichen derartiger Projekt und Maßnahmen verdient besonderen Respekt und Würdigung nicht nur angesichts des zumeist nachhaltig positiven Einflusses auf die ästhetische Erscheinung des Stadtteils und das soziale Miteinander. Nicht selten werden diese Projekte durch lokale Initiativen bzw. Vereine ins Leben gerufen und teilweise nur durch ein umfangreiches ehrenamtliches Engagement realisiert.

Die Schwerpunkte dieser Projekte sind vielfältig. So geht es beispielsweise um die gezielte Beteiligung von Kinder und Jugendlichen sowie von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund. In Stadtteiltreffs, Jugendzentren, Gemeinschaftsgärten und an anderen „sozialen Orten“ im Stadtteil kommt man zusammen um zu gärtnern, zu basteln, gemeinsam zu kochen und zu essen, zu musizieren, sich auszutauschen u.a. Die Erfahrungen aus diesen Projekten in der Zusammenarbeit mit sozial benachteiligten Menschen ist unabdingbar in dem Bestreben nachhaltige, übergeordnete Konzepte pro Umweltgerechtigkeit durch Partizipation aufzustellen.

Von praktischer Bedeutung sind schließlich auch die bereits entwickelten und erprobten Methoden und Instrumente der Bürgerbeteiligung. Teilweise sind diese spezifisch ausgerichtet auf Planungsprozesse, teilweise steht eine bestimmte Zielgruppe im Vordergrund. Alle diese Methoden und Instrumente hier darzustellen, wäre weder möglich noch zielführend.

In Tabelle 1 sind daher ausgewählte Beispiele für Partizipationsmethoden aufgeführt und jeweils kurz in den kennzeichnenden Merkmalen erläutert. Daneben kann auf eine Vielzahl von Publikationen verwiesen werden, welche dem Thema Kinder- und Jugendbeteiligung und diesbezüglichen Handlungsempfehlungen gewidmet sind, so zum Beispiel erarbeitet von der Bertelsmann Stiftung.

Tabelle 1: Beispiele für Methoden der Bürgerbeteiligung und jeweils kennzeichnende Merkmale.

Methode	Kennzeichnende Merkmale
Methoden mit spezifischem Bezug zu Planungsprozessen im Kontext der integrativen Stadtentwicklung (nach Praxis Bürgerbeteiligung: Ein Methodenhandbuch)	
Bürgerausstellung	Anwendung im Kontext der Brachflächenneugestaltung, in Form von Interviewausschnitten und Fotografien der BürgerInnen des Stadtteils werden die „Innenansichten der BürgerInnen“ sichtbar und damit ihre Einstellungen, Ziele und Motivationen ermittelt, im Dialog bestimmen sie mit über

	die Gestaltung der Fläche (Schophaus, Diener 2003)
Perspektivenwerkstatt	konsensorientiert, es besteht die Notwendigkeit der Einigung mit allen Betroffenen und Interessensgruppen über ein Stadtentwicklungsprojekt (von Zadow 2003)
Planungswerkstatt	Anwendung, wenn mit Hilfe der BürgerInnen eine konkrete planerische Fragestellung gelöst werden soll (Bendisch 2003)
Planungszelle	Auswahl der TeilnehmerInnen nach dem Zufallsprinzip und dadurch Überwindung der gängigen Schwierigkeiten in Sachen Bürgerbeteiligung („die üblichen Verdächtigen“,...) (Reinert, 2003, Renn, 2003)
Stadtteilforen	Hintergrund: Fragen nach dem Sozialstaat, Integration, bürgerschaftlichen Engagements, Entfremdung der BürgerInnen von ihrer Stadt; Sprachrohr der BürgerInnen zur Stadtverwaltung (Schwarz-Österreicher 2003)
...	
Methoden orientiert auf die Beteiligung der Zielgruppe Kinder und Jugendliche	
Kompetenzwerkstatt	Entwicklung von Kompetenzen: es werden die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen ermittelt und hierin bei ihren Fähigkeiten und Interessen angesetzt, daraus hervor gehen Impulse für das Wohnquartier als Lern- und Erfahrungsraum (Schubert et al. 2003)
Spielleitplanung	Kindern und Jugendlichen werden aktiv an der Planung öffentlicher Spielräume beteiligt. Der auf diese Weise entwickelte Spielleitplan wird von der kommunalen Vertretung beschlossen und erhält damit Verbindlichkeit DKHW 2010
...	
Methoden orientiert auf die Beteiligung der Zielgruppe sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen	
Anwaltsplanung	Bürgeranwälte unterstützen artikulationsschwache und sozial benachteiligte Bewohnergruppen bei der Interessenswahrnehmung gegenüber kommunalen und städtischen Gremien (Selle 2003)
Gemeinwesenarbeit (GWA) – Stadtteilarbeit	Verbesserung von Lebensbedingungen in benachteiligten Quartieren unter Mithilfe der Bevölkerung, Projektplanung erfolgt durch die Stadt bzw. das Quartiersmanagement, die BürgerInnen entscheiden über Inhalte und Umsetzung (Hinte 2003)
...	
Zielgruppen- und prozessübergreifende Methoden der Beteiligung	
Zukunftswerkstatt	Ermöglichungsraum für Such- und Aushandlungsprozesse von Individuen und Organisationen, Hilfe bei der Entwicklung von Umsetzungsmöglichkeiten, beratende Begleitung der Umsetzung, dialogisch – partizipativ – ergebnisoffen, Förderung der Selbstorganisation, Wahrnehmungsfähigkeit, Fantasie und Handlungskompetenz (Ködelpeter 2003)
...	

Auch in den fünf Modellprojekten, die im Rahmen des Projektes „Umweltgerechtigkeit durch Partizipation“ ausgewählt wurden, wurden bereits wichtige Erfahrungen in der Beteiligung mit Kindern, Jugendlichen und sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen gesammelt. Teilweise sind dabei konzipierte Partizipationsmethoden zur Anwendung gekommen.

4 Ausblick auf die inhaltliche Zusammenarbeit

Die Erfahrungen aus den Modellprojekten in Bezug auf die Bürgerbeteiligung sowie bezüglich der Zusammenarbeit mit relevanten, lokalen Akteuren werden ein wesentlicher Gegenstand des gemeinsamen Austausches im Rahmen des Projektes „Umweltgerechtigkeit durch Partizipation“ der Deutschen Umwelthilfe sein.

Es geht darum, die interne Zusammenarbeit im Projekt sowie die Vernetzung auf der kommunalen Ebene zu analysieren. Von Bedeutung ist dabei zum einen, was im Rahmen der Kooperation bereits gut gelingt und damit dem Bestand der Modellprojekte förderlich ist. Ebenso relevant ist zum anderen die Darstellung und Diskussion von Herausforderungen, welche die Modellprojekte z.B. im Rahmen der Kooperation mit den lokalen Akteuren erleben.

Zunächst werden entsprechende Verbesserungspotenziale Lösungsmöglichkeiten mit Blick auf die Gegebenheiten und die Prozesse in den Modellprojekten. Dies wird entscheidend durch die Expertise der projektbegleitenden Arbeitsgruppe unterstützt. So vermitteln die Experten ihre Kompetenzen direkt und bedarfsorientiert an die Vertreter der Modellprojekte.

Andererseits erhalten die Experten anhand der Darstellungen und Fragen aus den Modellprojekten einen exemplarischen, direkten und realen Eindruck zum Stand der Umsetzung von Umweltgerechtigkeit auf der lokalen Ebene.

Ein Austausch dieser Art, d.h. praxisnah und zwischen verschiedenen Ebenen und Akteuren, wird idealerweise beitragen zu nachhaltigen Fortschritten in Sachen Umweltgerechtigkeit durch Partizipation „an allen Fronten“.

Literaturverzeichnis

- Bendisch, B. (2003): *Planen mit Bürgerinnen und Bürgern? Die Planungswerkstatt im Praxistest*. In: Ley, A., Weitz, L. (Hrsg.): *Praxis Bürgerbeteiligung*. Ein Methodenhandbuch. S. 215 – 219.
- Berger, G. (2007) (2): *Rechtlicher Rahmen für die Mitwirkung in der Kommune*. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung. S. 115 – 127.
- Bittlingmayer, U., Hurrelmann, K. *Medial vermittelte politische Bildung für Jugendliche aus bildungsfernen Milieus aus soziologischer Sicht*. Expertise für die Bundeszentrale für politische Bildung. Manuskript. 2005.
- Bolte, G. et al. (2012) (1): *Mehr Umweltgerechtigkeit erreichen*. In: Bolte, G. et al. (Hrsg.): *Umweltgerechtigkeit. Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven*. Bern: Verlag Hans Huber. S. 421 – 426.
- Bolte, G. et al. (2012) (2): *Umweltgerechtigkeit durch Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit. Eine Einführung in die Thematik und Zielsetzung dieses Buches*. In: Bolte, G. et al. (Hrsg.): *Umweltgerechtigkeit. Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven*. Bern: Verlag Hans Huber. S. 15 – 37.
- Böhme, C., Reimann, B. (2012): *Stadtentwicklung nicht ohne Gesundheit*. In: *Gesundheit und Planung*, 2012, Heft 3. S. 5 – 7.
- Böhme, C., Franke, T. (2012): *Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt*. In: Bolte, G. et al. (Hrsg.): *Umweltgerechtigkeit. Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven*. Bern: Verlag Hans Huber. S. 313 – 323.
- Braubach, M. (2012): *Gesundheitsrelevante Umweltgerechtigkeit in Europa: die Arbeit der Weltgesundheitsorganisation (WHO)*. In: Bolte, G. et al. (Hrsg.): *Umweltgerechtigkeit. Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven*. Bern: Verlag Hans Huber.
- Bundesamt für Naturschutz (BfN) (Hrsg.) (2007): *Natur in der Stadt*. Begleitheft zur Ausstellung. Bonn.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (2010) (Hrsg.): *Naturbewusstsein 2009. Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt*. Hannover.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung BMVBS (2012): *Programm Soziale Stadt*. URL: <http://www.sozialestadt.de/programm/> [Zugriff: 09.09.2012].

Bunge, C. (2012): *Potenziale für mehr Umweltgerechtigkeit – Handlungsfelder und Instrumente einer integrierten Strategie*. In: Bolte, G. et al. (Hrsg.): *Umweltgerechtigkeit. Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven*. Bern: Verlag Hans Huber. S. 175 – 189.

Christ, Y., Wolf, S. (2012): *Temporärer Garten Kalkbreite*. 2. Internationale Konferenz: *Landschaft und Gesundheit: Wirkungen, Potentiale und Strategien*. Abstracts. S. 33 – 34.

Claßen, T., Heiler, A., Brei, B. (2012): *Urbane Grünräume und gesundheitliche Chancengleichheit – längst nicht alles im „grünen Bereich“*. In: Bolte, G. et al. (Hrsg.): *Umweltgerechtigkeit. Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven*. Bern: Verlag Hans Huber. S. 113 – 123.

Deutsche Umwelthilfe (DUH) (Hrsg.) 2012: *Stadtnatur und ihre soziale Dimension in Umweltbildung und Stadtentwicklung*. Radolfzell.

URL: <http://www.duh.de/umweltgerechtigkeit.html> [Zugriff: 07.09.2012].

Deutscher Naturschutzring DNR (Hrsg.) (2009): *Mehr Gerechtigkeit durch Umweltschutz – Integration von Umwelt und Sozialaspekten*. Bonn.

Deutsches Kinderhilfswerk (DKHW) (Hrsg.) (2010): *Spielleitplanung in Berlin. Modellprojekt Pankow-Weißensee*. Themenheft. Berlin.

Fatke, R. (2007): *Kinder- und Jugendpartizipation im wissenschaftlichen Diskurs*. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungssand und Handlungsansätze*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung. S. 19 – 38.

Fatke, R., Schneider H. (2007): *Die Beteiligung junger Menschen in Familie, Schule und am Wohnort*. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungssand und Handlungsansätze*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung. S. 59 – 84.

Gaffron, P. (2012): *Umweltgerechtigkeit in Politik und Gesetzgebung der USA*. In: Bolte, G. et al. (Hrsg.): *Umweltgerechtigkeit. Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven*. Bern: Verlag Hans Huber. S. 255 – 270.

Gesundheitsberichterstattung des Bundes (2012): *Body-Mass-Index*. URL: http://www.gbe-bund.de/gbe10/abrechnung.prc_abr_test_logon?p_uid=gasts&p_aid=&p_knoten=FID&p_sprache=D&p_suchstring=7976::BMI [Zugriff: 04.10.2012].

Hinte, W. (2003): *Gemeinwesenarbeit (GWA) – Stadtteilarbeit*. In: Ley, A., Weitz, L. (Hrsg.): *Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch*. S. 142 – 145.

Jumpertz, E. (2012): *Integrative Lösungsansätze für Umweltgerechtigkeit in Kommunen*. In: Bolte, G. et al. (Hrsg.): *Umweltgerechtigkeit. Chancengleichheit bei*

Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven. Bern: Verlag Hans Huber. S. 342 – 345.

Kindernothilfe e.V. (Hrsg.) (2008): *Kindernothilfe. Der Kinderrechtsansatz in der In- und Auslandsarbeit der Kindernothilfe*. Duisburg.

Klimeczek, H.-J. (2012) (1): *Umweltgerechtigkeit durch Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit – Strategien auf Landesebene*. In: Bolte, G. et al. (Hrsg.): *Umweltgerechtigkeit. Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven*. Bern: Verlag Hans Huber. S. 205 – 218.

Klimeczek, H.-J. (2012) (2): *Umweltgerechtigkeit – Eine neue ressortübergreifende Strategie im Land Berlin*. In: *Gesundheit und Planung*, 2012, Heft 3, S. 12 – 14.

Ködelpeter, T. (2003): *Zukunftswerkstatt*. In: Ley, A., Weitz, L. (Hrsg.): *Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch*. S. 282 – 288.

Kutscher, N. (2007): *Beteiligung von Jugendlichen zwischen Interessen, Erwartungen und Lebensalltag*. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungssand und Handlungsansätze*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung. S. 187 – 203.

Martens, D. (2006): *Urbane Naturflächen als Ressource für das menschliche Wohlbefinden*. Dokumentation 12. Bundesweiter Kongress Armut und Gesundheit, 1./2. Dezember 2006: Prävention für gesunde Lebenswelten – „Soziales Kapital“ als Investition in Gesundheit.

Martens, D., Wippert, P. (2012): *Restoration by urban gardening? Assessing health effects of a temporary project*. Dokumentation 12. Bundesweiter Kongress Armut und Gesundheit, 1./2. Dezember 2006: Prävention für gesunde Lebenswelten – „Soziales Kapital“ als Investition in Gesundheit.

Maschewsky, W. (2012): *Umweltgerechtigkeit – Erfahrungen aus den USA und Schottland*. In: Bolte, G. et al. (Hrsg.): *Umweltgerechtigkeit. Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven*. Bern: Verlag Hans Huber. S. 159 – 172.

Müller, C. (2012): *Gemeinschaftsgärten und ihr Beitrag zu Umweltgerechtigkeit*. In: Bolte, G. et al. (Hrsg.): *Umweltgerechtigkeit. Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven*. Bern: Verlag Hans Huber. S. 353 – 356.

Olk, T., Roth, R. (2007) (1): *Mehr Partizipation wagen. Argumente für eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Olk, T., Roth, R. (2007) (2): *Zum Nutzen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen*. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Kinder- und Jugendbeteiligung in*

Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung. S. 39 – 57.

Pirchio, S. et al. (2012): *Effects of nature in educational settings: psychological restoration and social interaction*. Dokumentation 12. Bundesweiter Kongress Armut und Gesundheit, 1./2. Dezember 2006: Prävention für gesunde Lebenswelten – „Soziales Kapital“ als Investition in Gesundheit.

Renn, O. (2003): *Planungszelle*. In: Ley, A., Weitz, L. (Hrsg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. S. 221 – 226.

Renn, O. (2003): *Bürgerforen (Planungszellen)*. In: Ley, A., Weitz, L. (Hrsg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. S. 227 – 231.

Resnik D. B., Roman G. (2007): *Health, Justice, and the Environment*. Bioethics, 21 (4), S. 230-241.

Richter, I. (2007): *Kinderrechte – normativer Rahmen für die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen*. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung. S. 87 – 102.

Roth, M., Uttke, A. (2012): *Urbane Food Deserts in den USA*. In: Gesundheit und Planung, 2012, Heft 3, S. 31 – 33.

Roth, R., Olk, T. (2007): *Vereine als bürgerschaftliche Lernorte*. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung. S. 205 – 220.

Saldivar-Tanaka, L., Krasny M. (2005): *Culturing Community Development, Neighborhood Open Space, and Civic Agriculture: the Case of Latino Community Gardens in New York City*. Ithaca: Cornell University.

Schmidt, J. A., Tran M. (2007): *Gesundheitsförderliche Stadt*. In: Gesundheit und Planung, 2012, Heft 3, S. 8 – 11.

Schophaus, M., Dienel H.-L. (2003): *Die Bürgerausstellung*. In: Ley, A., Weitz, L. (Hrsg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. S. 83 – 89.

Schröder-Beck, P. (2012): *Ethische Kriterien der Gerechtigkeit für den Zusammenhang von Umwelt und Gesundheit*. In: Bolte, G. et al. (Hrsg.): Umweltgerechtigkeit. Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven. Bern: Verlag Hans Huber. S. 51 – 60.

Schubert, H., Nüß, S., Spiekermann, H. (2003): *Kompetenzwerkstatt*. In: Ley, A., Weitz, L. (Hrsg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. S. 148 – 153.

Schwarz-Österreicher, U. (2003): *Stadtteilforen*. In: Ley, A., Weitz, L. (Hrsg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. S. 255 – 263.

Shell (2006): *Zusammenfassung 15. Shell Jugendstudie – Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck.* URL: http://www.21-kom.de/fileadmin/user_upload/PDFs/03_Jugendliche/zusammenfassung_jugendstudie2006.pdf [Zugriff: 19.09.2012].

Steinebach, G. (2012): *Gesunde Kommune.* In: *Gesundheit und Planung*, 2012, Heft 3, S. 28 – 30.

Ward Thompson, C. et al. (2012): *Relationships between nearby green space, environmental perceptions and preferences, and physiological stress for residents of deprived urban areas.* Dokumentation 12. Bundesweiter Kongress Armut und Gesundheit, 1./2. Dezember 2006: Prävention für gesunde Lebenswelten – „Soziales Kapital“ als Investition in Gesundheit.

Von Zadow, A. (2003): *Perspektivenwerkstatt – Baustein zur interaktiven Stadtentwicklung (Community Planning).* In: Ley, A., Weitz, L. (Hrsg.): *Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch.* S. 192 – 198.

Wallmann, B. (2012): *Lebensräume sind Bewegungsräume.* In: *Gesundheit und Planung*, 2012, Heft 3, S. 24 – 26.

Wolch, J. et al. (2011): *Childhood obesity and proximity to urban parks and recreational resources: A longitudinal cohort study.* Abstract. Elsevier, Band 17, Ausgabe 1, Januar 2011, S. 207 – 214.

URL: <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S1353829210001528>, [Zugriff: 04.10.2012].